

Hilfe für Europas Jugend

Ende Juni haben die europäischen Regierungen mehr Engagement im Kampf gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit in Europa zugesagt (einblick 13/2013). Anlässlich des EU-Gipfels in Paris fordern die Gewerkschaften effektivere und schnellere Maßnahmen.

Arbeitslosigkeit. Noch immer ist rund ein Viertel der jungen Menschen unter 25 Jahren in Europa ohne Arbeit. Die europäischen Gewerkschaften fordern schnelle und effektive Hilfe. Das wollen sie einmal mehr am Rande des EU-Gipfels in Paris vom 11. bis 13. November deutlich machen. In Gesprächen mit RegierungsvertreterInnen, aber auch mit Aktionen vor Ort. „Die im Juni zugesagten Mittel wie etwa die Jugendgarantie wirken bestenfalls mittelfristig“, betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Sie stellt fest: „Das Thema ist von den europäischen Regierungen erkannt worden – mehr aber auch nicht.“ Schnelle und direkte Hilfe sehe anders aus. „Die jungen Menschen brauchen jetzt Unterstützung. Jeder weitere Tag ohne Arbeit ist eine Katastrophe für die Jugendlichen.“

„Die Zeit drängt“, bekräftigt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller. Er nimmt vor allem die deutsche Politik in die Pflicht. „Ich habe nicht den Eindruck, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in den letzten Monaten mit dem Thema befasst hat.“ Umso dringender müsse sich die kommende Bundesregierung um Europas Jugend kümmern. Haggenmiller warnt mit Blick auf die Europawahl 2014, weiter Zeit verstreichen zu

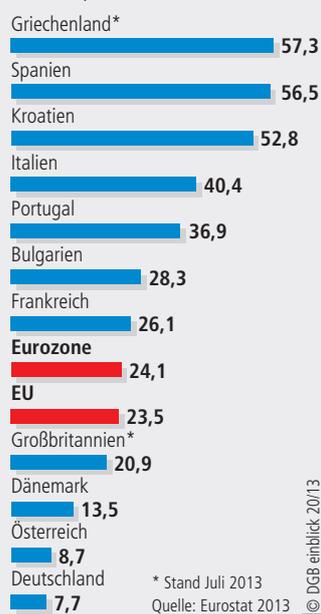
lassen. „Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit sind eine Gefahr für Europa.“ Die aufstrebenden rechten Parteien, etwa in Griechenland und Ungarn, setzten auch auf den Frust der Jungen. Und das Potenzial ist groß. Noch immer sind europaweit knapp 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Job, davon 3,5 Millionen im Euroraum. Aber auch diejenigen, die einen Job

haben, können oft nicht langfristig planen. Befristungen, Dauerpraktika, Teilzeit und Minijobs sind weit verbreitet. Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatten sich Ende Juni im Berliner Kanzleramt die europäischen Regierungen mit dem Thema beschäftigt. Zugeständnisse gab es bei der vom Europäischen Gewerkschaftsbund geforderten Jugendgarantie. Sechs Milliarden Euro will die Politik ab 2014 dafür bereitstellen. Der DGB fordert ein Zukunfts- und Investitionsprogramm für die Jugend.

In einer gemeinsamen Erklärung fordern französische und deutsche Gewerkschaften freien Zugang zu einer qualifizierenden Ausbildung. Um Missbrauch zu verhindern, sollen Praktika auf europäischer Ebene geregelt werden. Der Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards in Europa soll beendet und Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten eingeführt werden. ●

Ohne Perspektive

Saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote ausgewählter EU-Staaten, Stand September 2013 (in Prozent)



Jugendliche in Griechenland und Spanien sind besonders häufig ohne Arbeit.

● INHALT

- 3 NGG-Kongress 2013**
Interview mit dem scheidenden Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg
- 5 Transfergesellschaften**
Mehr Zeit für die Beschäftigten
- 7 Bezahlbarer Wohnraum**
Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger über den drängenden Reformbedarf

Kein Sonderweg

Kirchen. Fehlende Streikrechte und Vorschriften für das Privatleben von Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen sind nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung nicht gerechtfertigt. Der Bonner Sozialethiker Professor Hartmut Kreß hat die Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts untersucht. Bei den Kirchen habe sich „eine Art Nebenrechtsordnung“ entwickelt, die aber wenig „mit dem christlichen Ideal der Liebe und Versöhnung“ zu tun hätte. Für Kreß ist es „unstimmig“, wenn dieses Ideal „einseitig gegen das Streikrecht“ angewendet werde. ●

● PLUS/MINUS

+ „Auf der Höhe der Zeit“ sieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling seine Partei, nachdem auch der Internationale Währungsfonds eine Vermögensabgabe forderte. Sie werde benötigt, um die Einnahmen zu verbessern und „die klaffende Gerechtigkeitslücke in Deutschland zu schließen“.

- Eine doppelte Staatsbürgerschaft kommt für Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nicht in Frage. Denn dies bedeute, so der Minister gegenüber dem „Münchner Merkur“, „eine langfristige Veränderung der Identität der deutschen Gesellschaft“.

● IM NETZ

www.boeckler.de/14_44638.htm

Das Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass der arbeitsrechtliche Sonderweg der Kirchen sozialetisch und theologisch nicht zu rechtfertigen ist.

Beschäftigte besser schützen

Datenschutz. Der zuständige Fachausschuss des Europäischen Parlaments hat der veränderten europäischen Datenschutzgrundverordnung zugestimmt. Der DGB ist grundsätzlich damit zufrieden, dass künftig in den EU-Ländern die alte Regelung von 1995 angepasst wird. Allerdings sehen die Gewerkschaften noch Verbesserungsbedarf beim Arbeitnehmerdatenschutz. In der finalen Verordnung, die nun zwischen Parlament, Kommission und EU-Rat verhandelt werden muss, will der DGB noch Änderungen durchsetzen.

So ist bislang vorgesehen, dass die Arbeitgeber Beschäftigtendaten verarbeiten dürfen, wenn eine „frei-

willige“ Einwilligung vorliegt. Dies hält der DGB für bedenklich. Denn in einem bestehenden Abhängigkeitsverhältnis könne kaum von Freiwilligkeit ausgegangen werden, wenn ein Arbeitgeber etwa die Zustimmung zu einer Videoüberwachung verlangt. Dazu kommt, dass die ArbeitnehmerInnen im Zweifel selbst nachweisen müssten, dass die Einwilligung nicht freiwillig gegeben wurde. Nach Ansicht des DGB-Rechtsexperten Ralf-Peter Hayen ist dies kaum möglich. Darüber hinaus wünscht sich der DGB eine Formulierung, die klarstellt, dass es keine Abweichung nach unten durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen geben darf. ●

Gerecht finanzieren

Rente. Erziehungszeiten werden bei der Rente unterschiedlich angerechnet. Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten weniger Rente als Frauen, die später Mütter wurden. Der DGB fordert, diese Ungleichbehandlung zu beenden. Die rentenrechtliche Anerkennung für Erziehungszeiten müsse verbessert werden. Auch in den Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU/CSU geht es um die sogenannte Mütterrente. Der DGB spricht sich dafür aus, diese – wie andere familienpolitische Leistungen – aus Steuern zu finanzieren. Eine Finanzierung über die Rentenbeiträge ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenschwindel: „Am Ende bezahlen die Versicherten die Zeche mit höheren Beiträgen oder Leistungskürzungen.“ Eine beitragsfinanzierte Mütterrente würde die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhen und die Handlungsspielräume verringern, beispielsweise für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. ●

www.ichwillrente.de

Anzeige



ACE Auto Club Europa

Verkehrssicherheit vor Motorsport!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Pure Ideologie

Mindestlohn. Die Kritik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ist für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki eher Ideologie als Wissenschaft: „Hier wird alles zusammengekratzt, was den Mindestlohn irgendwie in Verruf bringen könnte.“ Das DIW ignoriere nicht nur die Wünsche der Betroffenen, sondern auch die mögliche Entlastung der öffentlichen Kassen und dass damit „endlich die Subventionierung von Billigbuden ein Ende hätte“. ●

www.mindestlohn.de

Weniger Verträge

Ausbildung. Trotz stabiler Bewerberzahlen finden immer weniger junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Derzeit sind über 80 000 Ausbildungswillige registriert – bei knapp 34 000 offenen Stellen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen bilden immer weniger aus, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack das Verhalten der Arbeitgeber. „Der bisherige Ausbildungspakt wurde seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht.“ Eine Ausbildungsgarantie ist deshalb für Hannack „nötiger denn je“. ●

www.dgb.de/-/Ncx

Bessere Bedingungen für Wanderarbeiter

Die FIFA soll sich in Katar engagieren, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter zu verbessern. Der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer und Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB), haben dazu eine gemeinsame Aktion beschlossen. Bei den Gewerkschaftsvorsitzenden aus den Heimatländern der 24 Mitglieder des FIFA-Exekutivkomitees haben sie um Unterstützung für ihre Forderung geworben. Der DGB fordert, dass sich die Arbeitsbedingungen an den Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO orientieren. Danach

müssen Diskriminierung und Zwangsarbeit beendet und den Gewerkschaften freier Zugang zu den Baustellen garantiert werden (*einblick* 19/2013). Eine erste positive Rückmeldung gibt es nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa: FIFA-Präsident Joseph Blatter will bei seinem nächsten Treffen mit dem Emir von Katar die „Arbeitsrechte und -bedingungen ansprechen“. Um den Druck auf die FIFA zu erhöhen, hat der IGB eine weitere Aktion gestartet. Weltweit sollen die jeweiligen FIFA-Vertreter angemalt werden mit dem Hinweis, die Rechte der Arbeiter zu schützen.

www.dgb.de/-/JJS

www.act.equaltimes.org/de/exco

IN AKTION



„REFIT: Fit für Wachstum“ nennt die EU-Kommission ihr Programm zum Bürokratieabbau. Was so sportlich angekündigt wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als massiver Angriff auf Arbeitnehmerrechte, kritisiert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB). Mit einer Plakataktion machen DGB und EGB auf die Folgen aufmerksam. Die Kommission will vor allem Rechte beim Gesundheitsschutz und bei der Mitbestimmung einschränken.

www.etuc.org/a/11685

www.dgb.de/-/Nbl

TELEGRAMM

Verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiewende fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel von der Politik. Ziel der Koalitionsverhandlungen müsse ein besseres Management der Energiewende und Planungssicherheit für alle Beteiligten sein.

www.dgb.de/-/Nlo

Mit gut zwei Millionen Euro will die EU-Kommission die ehemaligen Beschäftigten der First Solar GmbH unterstützen. Das Unternehmen ist insolvent. Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote in der strukturschwachen Region um Frankfurt/Oder gibt es nun Geld aus dem EU-Globalisierungsfonds.

Soziale Gerechtigkeit war das Thema im Bundestagswahlkampf, in den laufenden Koalitionsverhandlungen sei dies kaum noch wahrnehmbar, stellt der DGB fest. Statt über Steuergerechtigkeit zu reden, werde über die Pkw-Maut gestritten. Wichtig wäre vor allem, „die im letzten Jahrzehnt geübte Reichtumpflege“ zu beenden.

www.dgb.de/-/NUc

Die Arbeit geht uns nicht aus

Nach 21 Jahren als Vorsitzender der NGG tritt Franz-Josef Möllenberg nicht mehr an. Im Einblick-Interview zieht er Bilanz.

Wie lautet dein Fazit der letzten 21 Jahre?

■ Am Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit hat sich nichts geändert. Das heißt, wir brauchen auch in Zukunft starke Gewerkschaften und eine starke NGG.

Was hat deine Zeit als Vorsitzender geprägt?

■ Politisch hat sich in dieser Zeit eine Menge getan. Nach der Erstarrung der Kohl-Zeit gab es 1998 mit Rot-Grün die große Hoffnung auf einen Politikwechsel. In der Tat gab es positive Ansätze. Wir sollten das über all die negativen Folgen der Agenda 2010 nicht vergessen. Arbeitsminister Walter Riester hat Einiges in unserem Sinn bewegt – von der Reform der Betriebsverfassung bis zur Deckelung der geringfügigen Beschäftigung. Riester und die SPD haben dafür viel Gegenwind erhalten, von den Verlegern, auch vom Hotel- und Gaststättenverband. Im Rückblick sehe ich es als Fehler an, dass die Gewerkschaften ihm nicht die Unterstützung gegeben haben, die notwendig gewesen wäre. Man darf nicht immer nur die Schuld bei anderen suchen, wenn etwas schief gelaufen ist.

Union und SPD verhandeln über die große Koalition. Ist aus Sicht der NGG der gesetzliche Mindestlohn ein Muss?

■ Es gibt keine Veranlassung, Abstriche an unserer Forderung zu machen. Wie notwendig ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist, zeigen unsere Bemühungen, in der Fleischwarenindustrie einen Mindestlohn tariflich zu regeln. Die Arbeitgeber beharren auf unterschiedlichen Mindestlöhnen in Ost und West. 23 Jahre nach der deutschen Einheit ist das aus unserer Sicht falsch. Die Produktivität ist in Ost und West, in Nord und Süd praktisch gleich. Fakt ist: Unsere Mindestlohn-Kampagne ist eine der erfolgreichsten Kampagnen der Gewerkschaften. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Forderung nach dem Gesetzgeber rührt auch daher, dass die Gewerkschaften in einigen Branchen und Regionen nicht allein in der Lage sind, gute Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie ist deshalb letztlich auch ein Ausdruck von Schwäche. Aber es geht uns nicht nur um den Mindestlohn, wir fordern von der Politik insgesamt eine neue Ordnung der Arbeit.

Was muss in einer neuen Ordnung der Arbeit geregelt werden?

■ Werkverträge sind das neue Krebsgeschwür. Wir wollen verhindern, dass sie dazu missbraucht werden, tariflich geregelte Arbeitsbedingungen zu unterlaufen. Da führt kein Weg an einer Erweiterung der Mitbestimmung der Betriebsräte vorbei. Das gilt auch für die Leiharbeit. Es muss verhindert werden, dass Leiharbeitskräfte als Streikbrecher eingesetzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss für alle Arbeitsverhältnisse gelten.

Wie siehst du die Zukunft der Gewerkschaften und der NGG?

■ Die wichtigste Aufgabe von Gewerkschaften, nicht nur der NGG, bleibt die Mitgliederwerbung. Wir brauchen engagierte Mitglieder, die sich für ihre Interessen einsetzen. Es geht darum, durchsetzungsfähig in Arbeitskämpfen zu bleiben. Allein auf die Politik zu setzen, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, greift zu kurz. Wir haben in der NGG seit einigen Jahren erfreuliche Entwicklungen, was die Zahl unserer Mitglieder angeht. Das verdanken wir dem Engagement von vielen Tausend Kolleginnen und Kollegen. Sie vertreten mit Herzblut in unserer kleinen, aber feinen Gewerkschaft jeden Tag Arbeitnehmerinteressen und bieten ihren Arbeitgebern die Stirn.

Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte des Gewerkschaftstags?

■ Ein Schwerpunkt ist die demografische Entwicklung. Das ist ein Thema, mit dem wir uns schon länger beschäftigen. Arbeitgeber und Politik haben ein Problem mit älter werdenden Belegschaften. Wir werden auf dem Gewerkschaftstag deutlich machen: Wir haben die Lösungen dafür. Ein weiterer Schwerpunkt ist Lebensmittelpolitik. Der Umgang mit Lebensmitteln wird in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung an Bedeutung gewinnen. Es kann nicht sein, dass man immer nur sagt „mehr, mehr, mehr“ und keine Rücksicht nimmt auf die Qualität der Produkte. Gute Qualität kann es nur mit guten Arbeitsbedingungen geben.

Was sind die zentralen Herausforderungen bei der demografischen Entwicklung?

■ Der größte Fehler war das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters auf 67. Wir sind nach wie vor dagegen. Wir müssen stattdessen über flexible Übergänge in den Ruhestand nachdenken und Altersarmut verhindern. Die Rente mit 67 blendet die Realitäten des Produktionsbetriebes aus, die Einflüsse am Arbeitsplatz wie Hitze, Lärm, Nässe und Kälte. Sie verkennet, was Schichtarbeit bedeutet und was eine Bäckereiverkäuferin leistet, die von morgens bis abends an sechs Tagen in der Woche hinter der Ladentheke steht. Sie berücksichtigt nicht, wieviel Gewicht eine Kollegin oder ein Kollege im Service des Gastgewerbes schleppt und wie viele Kilometer er oder sie läuft. Ein Umdenken bei der Rente kann die NGG natürlich kaum allein bewirken. Das machen wir gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften im DGB. Also, die Arbeit geht uns nicht aus.

Nicht nur bei der NGG, auch in anderen Gewerkschaften und im DGB gibt oder gab es Führungswechsel.

■ Ja, die Gewerkschaften erhalten ein neues Gesicht. In fünf der acht Mitgliedsgewerkschaften gibt es neue Vorsitzende, auch Michael Sommer wird 2014 nicht mehr für den DGB-Vorsitz kandidieren. Sie alle haben viel für die Gewerkschaften geleistet. Ich bin mir aber sicher: Jeder Wechsel bietet auch eine Chance. ●



21 Jahre war Franz-Josef Möllenberg, 60, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Beim Gewerkschaftstag in Berlin tritt er nicht mehr zur Wiederwahl an. Bei den internationalen und europäischen Gewerkschaftsverbänden IUL und EFFAT ist Möllenberg Vizepräsident.

MEHR ZUM THEMA

Gewerkschaftstag der NGG

Unter dem Motto „Zukunft gestalten – Gerechtigkeit schaffen“ versammeln sich 172 Delegierte vom 11. bis 14. November zum 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG in Berlin. Als Gäste werden der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erwartet. Auch Ron Oswald, Generalsekretär der IUL, und Harald Wiedenhofer, Generalsekretär der EFFAT, sprechen zu den Delegierten.

Der Gewerkschaftstag der NGG fällt mitten in die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. Die NGG will ihn deshalb auch zu einer Art „Lackmustest“ für Schwarz-Rot machen und überprüfen, inwieweit die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen. Neben der Beratung von 163 Anträgen steht auch die Wahl eines neuen geschäftsführenden Hauptvorstandes auf dem Programm. Um den Vorsitz bewirbt sich **Michaela Rosenberger**, 53, derzeit stellvertretende NGG-Vorsitzende. Als stellvertretende Vorsitzende für den dreiköpfigen Vorstand kandidieren **Claus-Harald Güster**, 54, bereits seit 2008 NGG-Vize, und **Burkhard Siebert**, 49, Geschäftsführer der NGG-Region Heilbronn. Auch die Vertretungen der NGG-Frauen und der jungen NGG werden neu gewählt.

! www.gewerkschaftstag-ngg.de

Gewerkschaft und Tarifbindung entscheidend

Weihnachtsgeld. Beschäftigte, die Gewerkschaftsmitglied sind oder durch Tarifbindung ihres Arbeitgebers geschützt sind, erhalten eher Weihnachtsgeld als ihre Kollegen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht unter einen Tarifvertrag fallen. Das zeigt eine Online-Umfrage des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung, an der sich rund 15 000 Beschäftigte beteiligten. Danach erhalten 64 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Weihnachtsgeld gegenüber 52 Prozent bei den Nicht-Mitgliedern. Gilt ein Tarifvertrag, erhalten 71 Prozent der Beschäftigten eine Jahressonderzahlung, ohne Tarifbindung sind es nur 41 Prozent. Insgesamt gaben 54 Prozent der Befragten an, Weihnachtsgeld zu beziehen. Bei den Männern ist ihr Anteil mit 57 Prozent höher als bei den Frauen (51 Prozent). Große Unterschiede bestehen weiterhin zwi-

Gewerkschaftsmitglieder profitieren

Anteil der Beschäftigten, die 2013 Weihnachtsgeld erhalten (in Prozent)



Die Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Tarifbindung des Arbeitgebers sind ausschlaggebend für den Bezug von Weihnachtsgeld.

schen West (58 Prozent) und Ost (39 Prozent) und zwischen unbefristet und befristet Beschäftigten mit 56 bzw. 45 Prozent.

Im Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie, in der westdeutschen Chemieindustrie und in der Druckindustrie wird mit bis zu 100 Prozent eines Monatsentgelts das prozentual höchste „13. Gehalt“ gezahlt. Im Bauhauptgewerbe Ost und im Gebäudereinigerhandwerk gehen die Beschäftigten hingegen leer aus. Wer Weihnachtsgeld erhält, profitiert auch bei der Jahressonderzahlung von höheren Tarifabschlüssen. So gab es zwischen Juli 2012 und August 2013 Erhöhungen von bis zu 3,4 Prozent. Zudem werden rund 17 Prozent aller Beschäftigten am Gewinn des Unternehmens beteiligt, und 21 Prozent erhalten sonstige Sonderzahlungen. ●

www.lohnspiegel.de

Jugendbildung

Seminarprogramm. Die DGB-Jugend und das DGB Bildungswerk bieten mit dem Jugendbildungsprogramm 2014 zahlreiche Seminare für ehren- und hauptamtlich Aktive der Gewerkschaftsjugend an. Engagierte Jugendliche können sich in sieben Bereichen weiterbilden, darunter Gesellschaftspolitik, Internationales, Berufsschul- und Studierendenarbeit. ●

www.dgb-jugendbildung.de

Themenheft „Atypische Beschäftigung“

Immer weniger junge Menschen beginnen ihr Arbeitsleben im klassischen Normalarbeitsverhältnis. Befristungen und prekäre Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Das Themenheft „Atypisch, flexibel, gut? Neue Trends in der Arbeitswelt“ der Hans-Böckler-Stiftung bringt SchülerInnen im Unterricht

diese neuen Herausforderungen nahe. Sie können erarbeiten, wie sie später arbeiten wollen und was die Veränderungen in der Arbeitswelt für sie bedeuten. Das 30-seitige Heft ist im Rahmen des Projekts „Böckler Schule“ erschienen und kann online kostenlos bestellt werden.

www.boeckler-schule.de

BUCHTIPP



Sibylle Plogstedt: „Wir haben Geschichte geschrieben“ Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990). Mit einem Vorwort von Michael Sommer, Psychosozial-Verlag, 519 Seiten, 19,90 Euro.

Von Anfang an haben tatkräftige Frauen den DGB mit ihrem Engagement geprägt. Sie setzten sich in der jungen Bundesrepublik für die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen ein. Auch in den Gewerkschaften mussten sie kämpfen – um ihre Stellung im Vorstand und die Anzahl weiblicher Delegierter. Für die Autorin waren das frühe Kämpfe für die Quote. Sibylle Plogstedt greift für ihren umfassenden Rückblick auf ausführliche Protokolle des DGB-Bundesfrauenausschusses zurück. Sie stellt herausragende Gewerkschafterinnen von Maria Weber bis Irmgard Blätzel vor, die den DGB bis zur Wiedervereinigung mitgeprägt haben. Ergänzt werden diese Porträts durch Interviews mit 15 Kolleginnen, die in DGB und Gewerkschaften Führungspositionen innehatten.

Gegen rechts

Workshop. Der Gelbe-Hand-Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ lädt Aktive in der Arbeitswelt Ende November zum zweitägigen Workshop „Haben wir versagt? Konsequenzen aus der NSU-Affäre für die Zivilgesellschaft“ ein. Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, stellt die Untersuchungsergebnisse vor. Anschließend diskutieren Fachleute aus Gewerkschaften und Politik die Bedeutung für die Zivilgesellschaft. In drei Workshops werden Konzepte gegen rechts für die Arbeitswelt entwickelt. ●

www.gelbehand.de

INTERREGIO

Der **DGB Nord** ruft die Landesregierung von Schleswig-Holstein dazu auf, die Einrichtung einer **Pflegekammer** zu überdenken. Das Projekt bedeute erheblichen bürokratischen Aufwand und sei unnötig. „Für gute Arbeit und Pflege kann man auf anderen Wegen viel erfolgreicher sein“, sagt der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehh.

Der **DGB Mülheim-Essen-Oberhausen**, die IG Metall und die IG BAU Essen laden mit dem Bundesverband Arbeitsorientierter Beratung (BAB) am 3. Dezember zur **Buchpräsentation** „Mitbestimmung braucht Beratung – Stand und Perspektiven Arbeitsorientierter Beratung“ in die Buchhandlung „buchkontext“ in Essen (Girardetstr. 2-38) ein. Prof. Dr. Klaus Kost, Vorsitzender des BAB, stellt das Buch vor, das im Graewis Verlag (19,95 Euro, verlag@graewis.de) erschienen ist.

Die öffentlichen Investitionen in Hessen sind eingebrochen. Dies zeigt der **Kommunalfinanzbericht**, den ver.di und der **DGB Hessen-Thüringen** vorgestellt haben. Ursächlich seien die geringen Steuereinnahmen. Höhere Steuern für reiche Haushalte und hohe Vermögen könnten die Einnahmehasis der öffentlichen Hand stärken, erklärt Gerhard Abendschein von ver.di Hessen. Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender, betont: „Wir brauchen keinen schlanken Staat, sondern einen leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat.“

www.hessen-thueringen.dgb.de

Für den **DGB Niedersachsen** bedeutet das neue **Landesvergabegesetz**, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde festschreibt, „einen wichtigen Schritt im Kampf gegen niedrige Löhne und prekäre Beschäftigung“. Die Warnungen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vor hohen Folgekosten bezeichnet der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle als „entlarvend und kurzsichtig“. Durch Lohndumping entstünden gesellschaftlich weit höhere Kosten, z.B. durch die Aufstockung von Löhnen durch Hartz IV.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Geliebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.
 Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Mehr Zeit für die Beschäftigten

Auf dem Weg in die Insolvenz gelang es, bei den Praktiker- und Max-Bahr-Baumärkten in einem neuartigen Kooperationsmodell Transfergesellschaften auszuhandeln. Im deutschen Einzelhandel ist das eher eine Ausnahme.

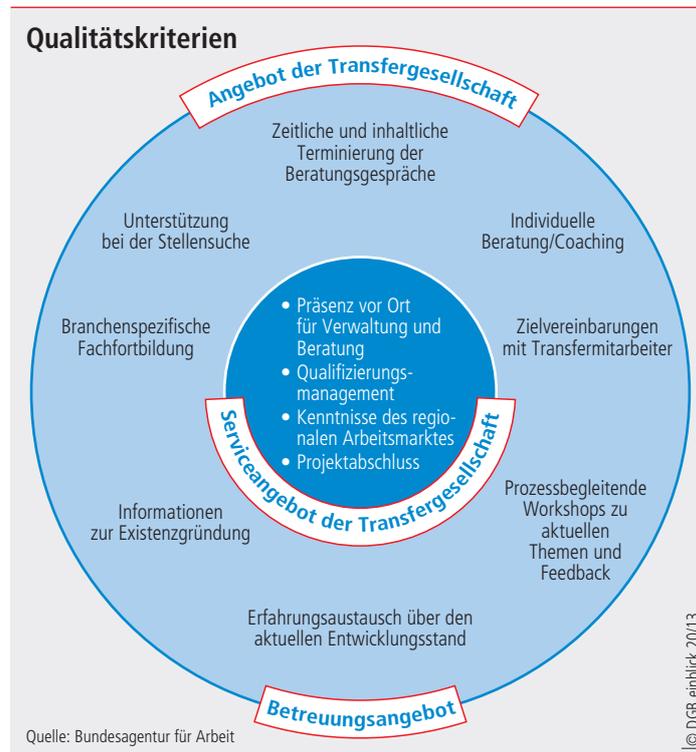
Transfergesellschaften. In der Marktwirtschaft ist es kaum anders als im Sport: Am Ende feiern immer die Sieger, die Verlierer bleiben weitgehend unbekannt. Das war bei Schlecker, Hertie und vielen anderen Unternehmen im Handel so. Im Einzelhandel sind die Verlierer darüber hinaus oft genug Frauen – Woolworth und Schlecker lassen grüßen. Indes gibt es bei den Praktiker- und Max-Bahr-Baumärkten ein neues Signal in einer Branche, die im Ruf steht, Märkte und deren Belegschaften wie Schachfiguren zu verschieben, und die Lohn- und Sozialdumping als normales Wettbewerbsinstrument einsetzt. Eine Transfergesellschaft (TG), die die Arbeitslosigkeit hinausschiebt und etwas mehr Geld in der Tasche bietet.

Ein Erfolgsfaktor, der die TG im Fall Praktiker ermöglichte, war die regelmäßige Kommunikation aller Beteiligten, von den Gläubigern über den Insolvenzverwalter bis hin zu ver.di, wie sie der Geist des neuen Insolvenzrechts vorsieht. Dabei ist es kein Zufall, dass mit Praktiker ein gewerkschaftlich gut organisiertes Handelsunternehmen für die Branche den Vorreiter macht. Insgesamt arbeiten sechs selbstständige TGs zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen daran, rund 12 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den Wechsel in die TG anzubieten. Bereits Anfang November haben sich knapp „80 Prozent der Beschäftigten zu dem Angebot geäußert – weit überwiegend positiv“, bestätigt Nicol von Neumann-Cosel von der Berliner Niederlassung der federführenden Unternehmensberatung Project Consult GmbH (PCG). Insgesamt sind sechs regionale TGs eingerichtet worden.

Für die Beschäftigten sind die TGs immerhin ein „Schlauchboot nach der Havarie, viel besser wäre natürlich ein neues Schiff“, betont Neumann-Cosel. So gilt im Insolvenzfall ein verkürztes Kündigungsrecht von maximal drei Monaten, diejenigen, die in eine der TGs wechseln, haben drei Monate mehr Zeit, einen neuen Job zu suchen. Der Praktiker-Transfersozialplan sieht eine Verweildauer in der TG von maximal sechs Monaten vor. Auch beim Thema „Geld“ wurde gut verhandelt: Insolvenzverwalter und Gläubiger stimmten zu, dass die monatlichen Zahlungen des Transferkurzarbeitergeldes in Höhe von 60 bzw. 67 Prozent aus der Konkursmasse auf 75 Prozent des letzten Nettolohns

aufgestockt wird. „In langwierigen, harten Verhandlungen“, lobt auch ver.di das Ergebnis, „konnte eine Vereinbarung zur Einrichtung einer Transfergesellschaft für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geschlossen werden.“

Dabei nutzen TGs keineswegs nur den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten, wie es neoliberale KritikerInnen gerne behaupten. Den Arbeitgebern entstehen geringere Kosten: Die Bundesagentur für



Die Erstellung eines individuellen Profils von jedem Betroffenen durch die Transferagentur gehört zu den Kriterien, die die Bundesagentur für Arbeit für die Bezuschussung von Transfergesellschaften zugrunde legt. Auch darf der Arbeitgeber durch die Bezuschussung nicht von bestehenden Verpflichtungen befreit werden.

Arbeit zahlt seit der Änderung des Sozialgesetzbuchs (SGB III) 1998 ein Transferkurzarbeitergeld, sofern der Vertrag zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Gläubigern zustande kommt. Mehrmonatige Kündigungsfristen entfallen, da die ArbeitnehmerInnen umgehend in die TG wechseln können – und es drohen weniger Kündigungsschutzklagen. Zudem, sollte eine der beiden Marken Praktiker oder Max-Bahr erhalten bleiben, winkt auch der Imagegewinn, dass es sich um ein Unternehmen handelt, das im Krisenfall sozial handelt.

„Fast immer bringt die TG für Arbeitnehmer im Krisenfall deutliche Vorteile“, ist das Fazit von Neumann-Cosel. „Das Transferkurzarbeitergeld wird nicht auf den Zeitraum des Bezuges von Arbeitslosengeld angerechnet. Im Falle Praktiker bringt es durch die Aufstockung auch deutlich mehr Geld in die Tasche jedes einzelnen sozialversicherten Beschäftigten.“ ●

MEHR ZUM THEMA

Zweitbestes Mittel

Transfergesellschaften (TG) können den betroffenen Arbeitnehmern helfen, eine neue Existenz aufzubauen. Sie sind nach dem Erhalt des Arbeitsplatzes jedoch immer nur das zweitbeste Mittel. Die IG Metall hat für die Gründung von TGs Qualitätskriterien aufgestellt:

- Die Errichtung einer TG darf nicht zu Lasten des Sozialplanes gehen.
- Die Verweildauer des Arbeitnehmers in der TG sollte mindestens doppelt so lang sein, wie die individuelle Kündigungsfrist.
- Die Verwendung der für die TG bereitgestellten Mittel sollten durch die IG Metall und den Betriebsrat kontrolliert werden. Dazu ist ein Beirat einzurichten.
- Bei der Einsetzung der TG sollte das Budget eigene Mittel des ehemaligen Arbeitgebers in Höhe von mindestens zehn Prozent des Arbeitnehmerbruttos erreichen. Mindestens zehn Prozent sollten für ein zweckgebundenes Aktivitätsbudget sowie mindestens 1000 Euro pro Arbeitnehmer für ein zusätzliches Qualifizierungsbudget zur Verfügung stehen.
- Das Budget für die TG sollte bereits beim Start komplett zur Verfügung stehen.

IM NETZ

<http://bit.ly/transferges>

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

— ● KURZ & BÜNDIG —



In einem Brief an Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und an die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles (SPD) fordern NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG), die tarifliche Altersvorsorge zu stärken. Die beiden Politikerinnen leiten die Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“.

www.bit.ly/ngg_ang



Für die bevorstehende Tarifrunde in der chemischen Industrie hat der IG BCE-Hauptvorstand eine Erhöhung der Entgelte um 5,5 Prozent empfohlen. Jetzt wird in den Betrieben beraten. Ende November wird die Bundestarifkommission die endgültige Forderung beschließen. „Wir wollen eine gerechte Verteilung“, kündigte IG BCE-Vorstandsmitglied Peter Hausmann an.



Die IG BAU und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) haben die Abschaffung der Meisterpflicht im Fliesenlegerhandwerk als „Fehlentscheidung“ kritisiert. IG BAU und ZDB: „Die Qualität in dem einstigen Vorzeige-Handwerk ist drastisch gesunken, die Ausbildungsleistung eingebrochen.“



In jedem vierten Betrieb der insgesamt 300 Unternehmen der Deutschen Bahn und deren Tochtergesellschaften hat die EVG keine Einigkeit mit den Arbeitgebern über den Personalbedarf erzielen können. Die EVG hat weitere Gespräche angekündigt, um zu klären, wie viele Beschäftigte nötig sind, um den Bahnbetrieb reibungslos zu garantieren.



GdP-Bundesschriftführer Jörg Bruchmüller, 54, ist in den Vorstand des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP) gewählt worden. Er folgt dem ehemaligen GdP-Vorsitzenden Bernhard Witthaut, 58.



ver.di will sich für bessere Maßnahmen gegen Belastungen und Stress im Einzel- und Versandhandel einsetzen. Eine Befragung zeigt: Nur wenige Beschäftigte glauben, gesund die Rente zu erreichen. Die Studie soll in ein Demografieprojekt von Handelsverband Deutschland und ver.di einfließen.

— ● NACHGEFRAGT —

Hartmut Meine, IG Metall-Betriebsleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und Mitglied im Aufsichtsrat von Volkswagen, erklärt, wieso das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum VW-Gesetz so wichtig ist.



Foto: IG Metall

Das Volkswagen-Gesetz ist vom Europäischen Gerichtshof abschließend als europarechtskonform anerkannt. Das ist ein Erfolg, nicht nur für die rund 40 000 Volkswagen-Beschäftigten, die 2008 vor der Konzernzentrale in Wolfsburg demonstriert haben. Es ist der Erfolg eines breiten Bündnisses von Betriebsrat, IG Metall, alter und neuer Landesregierung sowie der Bundesregierung. Ein

Erfolg, mit dem klar ist, dass es weiterhin einen wirksamen Schutz vor Standortverlagerungen und Werkschließungen bei Volkswagen gibt.

Eine starke IG Metall, ein starker Betriebsrat und das VW-Gesetz sind zentrale Säulen des Erfolgs von Volkswagen. Sie sind die Grundlage dafür, dass Beschäftigungssicherung und Wirtschaftlichkeit bei Volkswagen gleichrangige Unternehmensziele sind. Mit dem EuGH-Urteil sind die Arbeitnehmerrechte gegenüber den Interessen der Kapitaleseite gestärkt worden. Das reicht aber nicht aus: Die Europäische Union muss endlich faire Spielregeln für den europäischen Binnenmarkt schaffen. Wir benötigen innerhalb der EU mehr Wirtschaftsdemokratie. Es bedarf eines erweiterten Mitspracherechts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das VW-Gesetz kann innerhalb der EU eine Blaupause für eine beschäftigtenorientierte Unternehmenspolitik sein. Europa braucht mehr soziale Verantwortung. Mit Blick auf die Europa-Wahlen im kommenden Jahr benötigen wir dringend eine Korrektur des neoliberalen Kurses der EU-Kommission. ●

Auf dem Vormarsch

DGB-Frauen. Vom 21. bis 23. November laden die Gewerkschaftsfrauen zur 18. Ordentlichen Bundesfrauenkonferenz nach Berlin ein. Unter dem Motto „Wir sind dran! Selbst. Bestimmt. Sicher.“ treffen sich die Delegierten, um eine moderne Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik voranzubringen, die Frauen und Männern ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen, die unter anderem dazu führen, dass Frauen immer öfter zu Familiernährerinnen werden. Der Leitantrag „Von der eigenständigen Existenzsicherung zur selbstbestimmten Erwerbsbiografie von Frauen und Männern“ zeigt, was getan werden muss, um die Arbeitswelt geschlechtergerecht zu gestalten. Dazu gehören grundlegende Veränderungen der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen. ●

www.frauen.dgb.de

Erweiterter Zugriff auf Daten

Überwachung. Mehr statt weniger Daten zu sammeln, scheint die Konsequenz der deutschen Politik aus dem NSA-Überwachungsskandal zu sein. Nach Erkenntnissen von ver.di gibt es einen Vorschlag für die möglicherweise künftigen Partner einer großen Koalition, der vorsieht, die Überwachung an wichtigen Internetknotenpunkten auszuweiten. An solchen Netzknoten tauscht auch die Deutsche Telekom Internetdaten mit anderen Anbietern aus. Diese Forderung steht laut ver.di in einem internen Papier der Union, das als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen geschrieben wurde. Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske steht „ein solch weitgehender Eingriff im krassen Widerspruch zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung und der informationellen Selbstbestimmung“. ●

www.verdi.de/presse

Schöneberger Forum: Gute Arbeit im öffentlichen Dienst

DGB und Hans-Böckler-Stiftung laden auch in diesem Jahr zum Schöneberger Forum nach Berlin ein. Am 26. und 27. November analysieren und diskutieren ExpertInnen aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Für den DGB steht fest: Gute Arbeit in der öffentlichen Verwaltung braucht faire Bedingungen. Die sechs Foren widmen sich unter anderem den Themen Befristung, demografischer Wandel und Arbeitsverdichtung. Im Rahmen des Forums wird auch der Personalräte-Preis 2013 vergeben. Ausnahmsweise findet das Schöneberger Forum nicht im Berliner Rathaus in Schöneberg sondern im Stadtteil Friedrichshain statt.

www.schoeneberger-forum.de/-/3DB

Chile – 40 Jahre nach dem Putsch

Veranstaltung. Der DGB Hessen-Thüringen und der DGB Bremen laden gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Partnern zu Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Putsches in Chile ein. Am 23. November (Frankfurt/Main) und am 27. November (Bremen) spricht Maya Fernández Allende, die Enkelin des 1973 von den Militärs gestürzten Präsidenten Salvador

Allende, zum Thema „Vergangenheitsbewältigung und die Zukunft der Demokratie in Chile“. Begleitet wird sie von Cristián Cuevas Zambrano, Mitglied im Bundesvorstand des Chilenischen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender der größten Einzelgewerkschaft, er informiert über die Situation der Gewerkschaften in Chile. ●

www.bremen.dgb.de/-/NTC

Die Mietpreisbremse ist ein Anfang

Welche Reformen die neue Bundesregierung angehen muss, um bezahlbare Wohnungen für alle zu sichern, beschreibt der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Bezahlbarer Wohnraum. Zu Recht hat sich die anbahnende Koalition aus SPD und Union gleich zu Beginn der Sondierungen der Wohnungsnot angenommen. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Parteien gesehen haben, dass dieses Thema zunehmend Wahlen entscheidet. Ein Dach über dem Kopf ist eben kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Unaufhaltsam steigende Mieten in der Neuvermietung treiben die Bestandsmieten ebenfalls in die Höhe. Renditegetriebene Premiumsanierungen vernichten

„Mangel besteht in erster Linie bei günstigen und zunehmend auch bei altersgerechten Wohnungen.“

einst günstigen Wohnraum. Die bisherigen MieterInnen, Gering- und selbst DurchschnittsverdienerInnen, werden aus ihren Stadtteilen verdrängt. Doch mangels Alternativen ist vielerorts ein Umzug keine Lösung. In manchen Gegenden arbeitet inzwischen ein Partner in Haushalten mit zwei Verdienern ausschließlich für die Miete. Von der jahrzehntelang geltenden Faustformel, ein Drittel des Einkommens für die Miete aufzuwenden, können viele Menschen in Ballungsräumen oder Uni-Städten nur träumen. In Berlin stiegen die Mieten seit 2007 um 35 Prozent, in Hamburg um 25 Prozent, in München und Frankfurt/Main von einem bereits sehr hohen Niveau um 20 Prozent. Die Einkommen können da nicht mithalten. Deshalb ist die beabsichtigte Mietpreisbremse und die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Anlagen im Mietwohnungsbau (degressive Afa) ein richtiger Anfang.

Doch diese Instrumente reichen allein noch nicht aus, um die gravierendsten Missstände zu beheben. Mangel besteht in erster Linie bei günstigen und zunehmend auch bei altersgerechten Wohnungen. Mit dem Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und aus der Förderung von altersgerechtem Umbau haben Bund und Länder dieses Problem selbst geschaffen. Sie stehen nun in der Verantwortung, für Abhilfe zu sorgen. Gleichzeitig darf sich die Politik bei der Förderung der klimagerechten Sanierung von Häusern nicht aus der Verantwortung stehlen, wobei die Belange der Mieter berücksichtigt werden müssen. Anreize zum Neu- und Umbau sind schon allein wegen ihrer sozialen Wirkungen gut investiertes Geld. Unter dem Strich reduzieren zudem Rückflüsse an den Fiskus und in die Sozialkassen sowie ersparte Kosten der Unterbringung alter Menschen in Pflegeheimen die Ausgaben deutlich.

Vor allem Familien und Geringverdienern fehlt bezahlbarer Wohnraum. Der Bestand an Sozialwoh-

nungen schrumpft jährlich um rund 100 000. Bundesweit sank der Neubau von Sozialwohnungen von 23 600 im Jahr 2009 auf 19 300 Einheiten 2011. Dramatisch verschärft hat sich auch der Druck bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Von den benötigten 130 000 Einheiten pro Jahr wurde zuletzt nur knapp die Hälfte fertiggestellt. Städte wie München oder Hamburg haben sich dem Trend mit vorbildlichen Projekten entgegen gestellt. Das Münchener Modell schreibt Investoren vor, mindestens ein Drittel der neu erstellten Wohnungen mit niedrigen Mieten anzubieten. Hamburg hat zugesichert, jährlich 2000 neue Sozialwohnungen zu schaffen. Andere Kommunen sollten diesen Initiativen nacheifern, wobei sie darauf achten müssen, dass der Zweck nicht durch teure Zusatzvereinbarungen wie etwa eine Extra-Miete für Parkplatz oder gar Keller unterlaufen wird. Auch die neue Bundesregierung muss zur Entlastung der sozial Schwächsten beitragen. Derzeit zahlt der Bund jährlich 518 Millionen Euro an die Länder zur Förderung von Sozialwohnungen. Diesen Betrag sollte die Koalition nicht nur aufstocken, sie muss die Länder auch dazu drängen, die Mittel ausschließlich zweckgebunden zu investieren. Dies ist derzeit nicht der Fall, sodass viele Kommunen angesichts ihres hohen Schuldenstands das Geld lieber für andere Projekte verwenden.

Unabhängig von der Mietpreisproblematik zeichnet sich angesichts einer alternden Bevölkerung eine graue Wohnungsnot ab. Es gibt zu wenig altersgerech-

„Nach vier verlorenen Jahren schwarz-gelber Koalition besteht ein hoher Nachholbedarf.“

ten Wohnraum. Gebrechliche Menschen müssen in Alten- oder Pflegeheime ausweichen, obwohl sie mittels einiger Umbauten gut in ihren vier Wänden und damit ihrem gewohnten sozialen Umfeld wohnen bleiben könnten. Hier hatte der Bund über die KfW-Förderung „Altersgerechtes Umbauen“ einen sinnvollen Anreiz gesetzt. Allerdings sind die Fördermittel des Bundes für dieses Programm bereits 2011 ausgelaufen. Union und SPD sollten sich dieses Ansatzes erinnern und ihn ausbauen. Um den bundesweit absehbaren Bedarf von 2,5 Millionen barrierearmer Wohnungen zu decken, muss der Bund die KfW-Fördermittel auf mindestens 200 Millionen Euro jährlich in Form von Zuschüssen und Kreditprogrammen bereit stellen. Nach vier verlorenen Jahren schwarz-gelber Koalition besteht ein hoher Nachholbedarf. Die neue Regierung muss sich der Wohnungsnot mit ganzem Elan stellen. ●



Robert Feiger, 51, ist seit September Bundesvorsitzender der IG BAU.

● MEHR ZUM THEMA

Mietpreise im Fokus

In ihren Koalitionsverhandlungen haben sich Union und SPD bereits auf ein „Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen“ geeinigt. Danach sollen Vermieter zum Beispiel in Großstädten Bestandsmieten in vier Jahren nur maximal um 15 Prozent anheben dürfen. Bei einem Mieterwechsel sollen Mieten maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen dürfen. Union und SPD wollen zudem den Bau günstiger Mietwohnungen fördern. Sollte es zu einer großen Koalition kommen, dürfen Kosten für die energetische Gebäudesanierung nur noch zu zehn Prozent auf die Miete umgelegt werden. Auch das Wohngeld wollen Union und SPD anheben.

Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund, dem Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Deutschen Gesellschaft für Maurerwerks- und Wohnungsbau und weiteren Verbänden der Bau- und Immobilienbranche fordert die IG BAU seit langem eine Kehrtwende im Wohnungsbau. Angesichts von Wohnungsknappheit in Ballungsräumen sei die neue Bundesregierung gezwungen, sofort zu handeln. Deutschland habe hier eine seiner größten „politischen Baustellen“.

Anzeige



Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● DIE DGB-GRAFIK

Frauen sind durch Belastungen am Arbeitsplatz stärker körperlich beeinträchtigt als Männer. So leiden fast zwei Drittel der Frauen gegenüber knapp 40 Prozent der Männer unter Schulter- und Nackenschmerzen, wie eine aktuelle Befragung zeigt. Frauen haben zudem weniger Chancen, an gesundheitsfördernden Maßnahmen teilzunehmen. „Branchen wie der Handel müssen stärker auf die gesundheitlichen Belange ihrer Beschäftigten eingehen“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Gesundheitsschutz: Frauen stärker körperlich belastet

Angaben von Frauen und Männern zu körperlichen Beschwerden am Arbeitsplatz (in Prozent)



● PERSONALIEN

Sonja König, 29, verstärkt ab 1. November die Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Gemeinsam mit Referatsleiter **Knut Lambertin**, 42, ist sie zuständig für Gesundheitspolitik und Krankenversicherungen.

Katja Karger, 44, ist neue Vorsitzende des DGB Hamburg. Sie folgt **Uwe Grund**, 61, der nicht wieder zur Wahl angetreten ist. Karger ist gelernte Industriekauffrau und hat Philosophie und Kulturwissenschaft studiert. Von 2002 bis 2007 war sie Gewerkschaftssekretärin beim ver.di-Projekt connex.av.

● BUCH-TIPP



Siegfried Mielke, Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Schriftenreihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus“, Band 6, Metropol Verlag, Berlin, 2013, 869 Seiten, 36 Euro.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 durch die Nazis war von Verhaftungswellen begleitet. Das biografische Handbuch

„Gewerkschafter im Nationalsozialismus“ beschreibt die Schicksale der in den KZs Oranienburg und Sachsenhausen inhaftierten GewerkschafterInnen. Viele haben das KZ nicht überlebt. Der Band stellt auch das Engagement der Überlebenden beim Neuaufbau der Gewerkschaften vor. Ziel der gesamten Schriftenreihe ist es, dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Nazis zu mehr Beachtung zu verhelfen.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● TERMINE

- 11.11. Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft, DGB, AOK u.a. „Demografiekongress 2013: Gemeinsam stark für Niedersachsen“, Hannover
- 11.-14.11. NGG, 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG, Berlin
- 12.11. IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Betriebsrätinnenkonferenz, Hannover
- 12.11. Otto-Brenner-Stiftung, Medienpolitische Tagung und Verleihung des Otto-Brenner-Preises, Berlin
- 13.11. ver.di, Fachtagung „10 Jahre Hartz-Gesetze: Was ist aus der beruflichen Weiterbildung geworden?“, Berlin
- 14.11. DGB, GEW, IG Metall, Tagung „Wirtschaft in der Schule – was sollen unsere Kinder lernen?“, Hannover
- 14.-16.11. GEW, Tagung „GEW-Herbstakademie 2013“, Weimar
- 15./16.11. GEW, Fachtagung „FrauenStärken 2013“, Berlin
- 20./21.11. DGB-Bildungswerk, Tagung „Wie (a)sozial sind soziale Netzwerke? Solidarität im Zeitalter von Vereinzelung und Vernetzung“, Hattingen
- 21.-23.11. DGB, 18. DGB-Bundesfrauenkonferenz, Berlin
- 24./25.11. IG Metall, Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Frankfurt am Main

● SCHLUSSPUNKT

„Wir wissen nicht, unter welchem Druck diese Konzerne stehen. Aber dass sie sich zu Hilfsmittlern des Staates haben machen lassen, ist erschreckend.“
 Der frühere EU-Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) über die Datensammlung der NSA bei großen Konzernen wie Google, „Tagespiegel“ vom 4.11.2013

Polizeidienst

Keine Ablehnung eines Tätowierten

Mit Beschluss vom 12. September 2013 hat das Verwaltungsgericht Aachen das Land NRW verpflichtet, einen tätowierten Bewerber zur Ausbildung für den gehobenen Polizeidienst zuzulassen und ihn zum Beamten auf Widerruf zu ernennen. Weil das Land sich weigert, dem Gerichtsbeschluss nachzukommen, wird dem Land NRW ein Zwangsgeld von 10.000,- Euro angedroht.

**Verwaltungsgericht Aachen,
Beschluss vom 23. Oktober 2013 – 1 M 17/13**

Homo-Ehe

Kindergeld wie bei Ehepartnern

Bei der Berechnung des Kindergeldes in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft müssen die Kinder beider Partner zusammengezählt werden. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben somit ab dem dritten Kind Anspruch auf ein höheres Kindergeld, genauso wie Ehepartner.

**Bundesfinanzhof,
Urteil vom 8. August 2013 - VI R 76/12**

Gesetzliche Unfallversicherung

Rentner als „Quasi-Beschäftigter“

Ein Rentner, der für einen Jagdpächter nach dessen Vorgaben und unter dessen Aufsicht mehrere Hochsitze gebaut hat, steht als „Quasi-Beschäftigter“ unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

**Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 19. Juni 2013 - S 6 U 2479/10**

Hörgerät

Rentenversicherung übernimmt Kosten

Der Leiter einer Küche ist in seinem Beruf auf eine besonders gute Hörfähigkeit angewiesen. Ist diese behinderungsbedingt nicht vorhanden und lässt sie sich auch nicht durch ein Hörgerät zum Festbetrag herstellen, kann der Rentenversicherungsträger verpflichtet sein, die von der Krankenkasse nicht übernommenen Kosten für ein höherwertiges Hörgerät zu übernehmen, wenn dadurch die Erwerbsfähigkeit erhalten werden kann.

**Sozialgericht Gießen,
Urteil vom 29. September 2013 – S 4 R 651/11**

Ausbildungskosten

Arbeitnehmer nicht benachteiligen

Wenn der Arbeitgeber Ausbildungskosten trägt, kann er mit dem Arbeitnehmer vereinbaren, dass dieser die Ausbildungskosten unter bestimmten Voraussetzungen zurückerstattet. Eine solche Vereinbarung darf aber den Arbeitnehmer nicht unangemessen benachteiligen. Eine Benachteiligung liegt vor, wenn der Arbeitnehmer sich verpflichtet, in jedem Fall einer eigenen Kündigung die Kosten zurückzuzahlen. Denn damit wird nicht unterschieden, ob der Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber oder beim Arbeitnehmer liegt.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 28. Mai 2013 - 3 AZR 103/12**

Schadenshaftung

Im Betrieb auch private Haftung

Das Herumwerfen von Wuchtgewichten in einem Kfz-Betrieb ist dem persönlich-privaten Bereich zuzuordnen. Für die Folgen muss also der Arbeitnehmer selbst aufkommen.

Der Fall: Während der Arbeitszeit in einer KFZ-Werkstatt warf ein Auszubildender ein etwa 10 Gramm schweres Wuchtgewicht in Richtung eines anderen Auszubildenden (18). Er traf ihn am linken Auge, am Augenlid und an der linken Schläfe. Der Betroffene musste wegen einer Hornhaut- und einer Oberlidrandverletzung mehrfach operiert werden. Ihm wurde eine künstliche Augenlinse eingesetzt. Wegen der verbliebenen Hornhautnarbe leidet er an einer dauerhaften Sehverschlechterung und dem Verlust des räumlichen Sehvermögens. Er verklagte den Arbeitskollegen deshalb auf Schmerzensgeld und die Feststellung, dass der Verursacher auch zukünftig jeden Schaden aus dem Ereignis ersetzen muss. Das Gericht hat den Schädiger zu einem Schmerzensgeld von 25 000 Euro verurteilt.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat den 18-jährigen fahrlässig geschädigt. Er hätte wissen müssen, dass der Wurf mit einem Wuchtgewicht eine solche Verletzung hervorrufen kann. Er ist auch nicht von der Haftung befreit, weil es sich bei dem Wurf nicht um eine betriebliche Tätigkeit gehandelt hat, bei der für Personenschäden nur für Vorsatz, nicht aber für Fahrlässigkeit gehaftet wird. Das Werfen von Wuchtgewichten in einem Kfz-Betrieb ist vielmehr dem persönlich-privaten Bereich zuzuordnen, für den ein Arbeitnehmer in vollem Umfang haftet. Bei der Höhe des Schmerzensgeldes ließ sich das Gericht insbesondere von den erlittenen Schmerzen, der dauerhaften Beeinträchtigung und dem Risiko weiterer Verschlechterungen des Augenlichts leiten. Das Begehren des Verletzten auf eine zusätzliche monatliche Schmerzensgeldrente wurde abgewiesen.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. August 2013 - 13 Sa 269/13**

Hartz IV

Jobcenter übernimmt Energieschulden

Das Jobcenter muss bei der Schuldentilgung für Haushaltsenergie helfen, wenn sonst die Wohnung ohne Energie verbleiben würde.

Der Fall: Das Jobcenter hatte dem Hartz IV-Empfänger schon Abschläge für die Gasheizung gezahlt. Er hatte die Zahlungen aber nur teilweise an die Stadtwerke weitergeleitet und war auch mit den Abschlägen für Strom in Rückstand geraten. Dadurch hatten sich Schulden von rund 3000 Euro angehäuft. Das Jobcenter weigerte sich, diese Schulden zu übernehmen. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Obwohl die Verschuldung des Leistungsbeziehers durch eigene Pflichtverletzungen entstanden ist, wird das Jobcenter verpflichtet, ihm ein Darlehen zur Tilgung von Strom- und Gasschulden zu bewilligen. Es ist keine andere Möglichkeit ersichtlich, die Wohnung des Arbeitssuchenden wieder mit Energie zu versorgen. Ein Anbieterwechsel kam wegen hoher Schulden nicht in Betracht; Prepaid-Zähler waren nicht verfügbar. Der Leistungsbeerechtigte, der zunächst alle Möglichkeiten der Selbsthilfe ausschöpfen muss, hatte sich vergeblich um einen Vergleich mit den Stadtwerken bemüht; die Beschaffung eines Privatdarlehens scheiterte.

Das Gericht geht davon aus, dass es dem Leistungsbezieher in Zukunft gelingen wird, die Raten für das Darlehen regelmäßig zu zahlen und seinen sonstigen Verpflichtungen nachzukommen.

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 13. Mai 2013 - L 2 AS 313/13 B ER**